

Der Umgangston wird langsam rauer

Kassenärztliche Vereinigung wehrt sich gegen Dickes - "Populistische Stimmungsmache" Schuld an Unruhe bei Bürgern

Die Fronten im Streit um den ärztlichen Bereitschaftsdienst in der VG Bad Sobernheim verhärten sich. Die Kassenärztliche Vereinigung wehrt sich gegen Vorwürfe aus der Politik.

VG BAD SOBERNHEIM. Die für heute, 18 Uhr, in der Monzinger Festhalle anberaumte SPD-Podiumsdiskussion über "Gesundheit auf dem Land" mit Dr. Günther Gerhardt, dem Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung (KV), wird ganz gewiss nicht in ein gegenseitiges Schulterklopfen münden.

Schließlich geht es auch um die äußerst umstrittene Verlagerung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes für den Bereich Bad Sobernheim/Odernheim nach Meisenheim (wir berichteten mehrmals).

"Tausende von Bürgern sind beunruhigt", hat auch Gerhardts Stellvertreterin, Dr. Siegrid Ultes-Kaiser, gestern in einem Antwortschreiben an MdL Bettina Dickes (CDU) festgestellt. Schuld für diese Unruhe sei allerdings "massive, zum Teil populistische Stimmungsmache durch Presse und Lokalpolitik".

Dickes hatte Ultes-Kaiser gefragt, wie sie sich den ärztlichen Notdienst künftig und auch langfristig vorstelle. Zudem wollte die Christdemokratin wissen, warum die Ärzte von ihr kürzlich einen Maulkorb erhalten hätten.

"Seien Sie versichert, dass eine gute ärztliche Versorgung der Bevölkerung außerhalb der Sprechstundenzeiten nicht nur Ihnen am Herzen liegt, sondern ganz besonders auch mir", so Ultes-Kaiser. Allerdings sei sie "nicht nur einzelnen Regionen verpflichtet, sondern muss eine auch finanziell tragfähige Lösung für ganz Rheinland-Pfalz anstreben". Dies aber stelle angesichts zunehmenden Ärztemangels in den strukturschwachen und bevölkerungsärmeren Regionen eine Herausforderung dar. Ultes-Kaiser hätte es begrüßt, "wenn Sie die erbetenen Informationen eingeholt hätten, bevor Sie sich zur Sachwalterin einer einzelnen Region unter kompletter Ausblendung der Gesamtsituation gemacht hätten".

Die KV sei gewillt, gemeinsam mit den betroffenen Vertragsärzten Lösungen zu erarbeiten - solange dadurch das Gesamtkonzept der Neuorganisation nicht in Frage gestellt werde. In dem Gespräch mit den betroffenen Ärzten am 17. Februar sei eine Lösung gefunden worden, die "die Zustimmung der Ärzte vor Ort gefunden hat". Weil aber auch Dritte involviert seien, mit denen noch sensible Gespräche zu führen sind, "habe ich in der Tat um Diskretion gebeten".

"Unserer Bevölkerung vorzugaukeln, unter den derzeitigen Rahmenbedingungen sei eine landesweite ärztliche Versorgung außerhalb der Sprechstundenzeiten unter dem Gesichtspunkt des größtmöglichen Komforts für die Bürger in Zukunft aufrechtzuerhalten, ist schlichtweg nicht seriös. Daran ändert auch kein Wahlkampf etwas." **Andreas Nitsch**